

IST DIE NEUE MEHRHEIT LINKSGRÜN?

Welche ist die mächtigste Partei in Wädenswil?

HANS ROTH, REDAKTION SO!

Linksgrün ist in den Parlamenten seit den letzten Wahlen die grosse Gewinnerin, könnte man aufgrund der Medienkommentare meinen: so im Kantonsrat, im National- und Ständerat und wenn man den Zahlen glaubt auch im Wädenswiler Gemeindeparlament. Wirklich? Genaues Hinsehen lohnt sich!

Seit den Wahlen im vergangenen Frühjahr ist mit sieben Sitzen die SP die grösste der Parteien im Wädenswiler Gemeinderat. Auch die Grünen haben mit ihren vier Sitzen ein Resultat eingefahren, das sich sehen lässt.

Heisst das, dass das Wädenswiler Parlament jetzt von links-grün dominiert wird? Schauen wir uns die Zahlen einmal genauer an: SP, Grüne und EVP zusammen verfügen über 14 Sitze – und mit den vier Sitzen der CVP ergibt das zusammen 18 Sitze. Bei 35 Gemeinderät*innen ist das die absolute Mehrheit. Auf der rechten Seite verfügen SVP,

EDU, BFPW und FDP über 15 Sitze. Die GLP, welche sich zumeist als Wetterfahne zeigt und eine Fraktionsgemeinschaft mit der FDP bildet, kann tendenziell zur rechtsbürgerlichen Seite gezählt werden. Das ergibt zusammen 17 Sitze. Ist damit linksgrün in der Mehrheit?

KÖNNTEN MAN MEINEN! In der Budgetdebatte vom letzten Dezember hat sich dieses Bild erst mal bestätigt, als es um die Bewilligung einer Stelle für Biodiversität gegangen ist (siehe Artikel auf Seite 2). Die «linksgrüne Mehrheit» hat diese Stelle ermöglicht. Wir setzen diese «Mehrheit» bewusst in Anführungszeichen. Als es dann darum ging, die Sanierung des Finanzhaushaltes unserer Stadt und damit auch die Finanzierung dieser neuen Stelle mit einer Erhöhung des Steuer-

fusses um 2 Prozent zu sichern, hat die CVP plötzlich kalte Füsse gekriegt. Zugegeben, eine Erhöhung der Steuern ist nie attraktiv. Aber der Präsident der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Christian Gross (SP) hat über-

zeugend und mit klaren Worten begründet, weshalb eine verantwortungsvolle Politik nicht um diese Erhöhung herumkommt. Von bürgerlicher Seite wurden ein paar Ideen zur Sanierung des Finanzhaushaltes ins Feld geführt. Diese Ideen könnten glauben machen, im Stadthaus werde das Geld zum Fenster hinausgeworfen. Insgesamt alles andere als eine Wertschätzung der Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung.

CVP IN DER VERANTWORTUNG Eine Lehre aus dieser Budgetdebatte lässt sich leicht ziehen. Der Gemeinde- und der Stadtrat sind weder bürgerlich noch linksgrün dominiert. Wer das Sagen hat, ist die CVP. Sie entscheidet bei allen umstrittenen Vorlagen über Annahme oder Ablehnung. Und damit zurück zum Anfang des Artikels: Die CVP ist die mächtigste der Parteien in Wädenswil. Bleibt zu hoffen, dass sie sich ihrer Verantwortung bewusst ist. Nach der Budgetdebatte bestehen Zweifel, ob sie sich nur hinter einer Blume mit etwas grün versteckt. ■



Abstimmen! 9. Februar

JA ZUM TAXI-GESETZ

Neue Anbieter wie UBER halten sich nicht immer an die Regelungen für den berufsmässigen Personentransport wie Arbeits- und Ruhezeit und es kommt zu Verstössen wegen Schwarzarbeit. Dies bestätigt die hohe Zahl von Verzeigungen der Polizei. Deshalb sieht das neue Gesetz eine Registrierungs- und Auskunftspflicht für solche Limousinendienste vor. Das Einhalten der Höchstarbeitszeit ist im Interesse der Gesundheit der Fahrer*innen und der Sicherheit der Kundschaft. Das neue Gesetz schafft gleiche Rahmenbedingungen für traditionelle Taxis wie neue, digitale Fahrdienste.

NEIN ZUM ROSENGARTENTUNNEL

Für 700 Meter Autotunnel sollen am Rosengarten 1,1 Milliarden Franken verlockt werden. Das Projekt ist hässlich, es ist klimafeindlich, es ist teuer – und darum abzulehnen! Alles in allem sind sechs Autospuren geplant (zwei mehr als heute). Hierfür sollen zwölf Wohnhäuser abgerissen werden. Damit würde günstiger Wohnraum unwiderruflich zerstört. Zudem soll ein Teil des ökologisch wertvollen Irchelparks für Infrastrukturbauten geopfert und die Baumallee an der Hardstrasse ersatzlos gefällt werden. Der Gemeinderat von Zürich hat sich klar gegen das gigantische Bauvorhaben ausgesprochen und selber das Referendum ergriffen.

> Abstimmungs-Parolen Seite 3

BIODIVERSITÄT: WAS IST DAS?

Und braucht es dazu eine Stelle?

HANS ROTH, GEMEINDERAT SP

Um was geht es? Es geht darum, dass auch in Wädenswil viele Tier- und Pflanzenarten in den vergangenen Jahren verschwunden sind.



Bei den Insekten hat die Individuenzahl in den letzten zwei Jahren um 70 Prozent abgenommen, weil unsere Schutzgebiete nicht ausreichen, den Rückgang der Artenvielfalt zu stoppen. Diese Entwicklung hat für alle Lebensbereiche negative Folgen.

Um diese Situation besser zu verstehen, gaben die Parteien CVP, EVP, Grüne und SP zusammen mit «Transition Wädenswil» eine Analyse in Auftrag. Darin aufgezeigt wurden die Aufgabenbereiche der Gemeinden. Es geht um Erhalt, Aufwertung und Pflege der kommunalen Naturschutzobjekte und die Berücksichtigung der Umweltbestimmungen in Baubewilligungsverfahren.

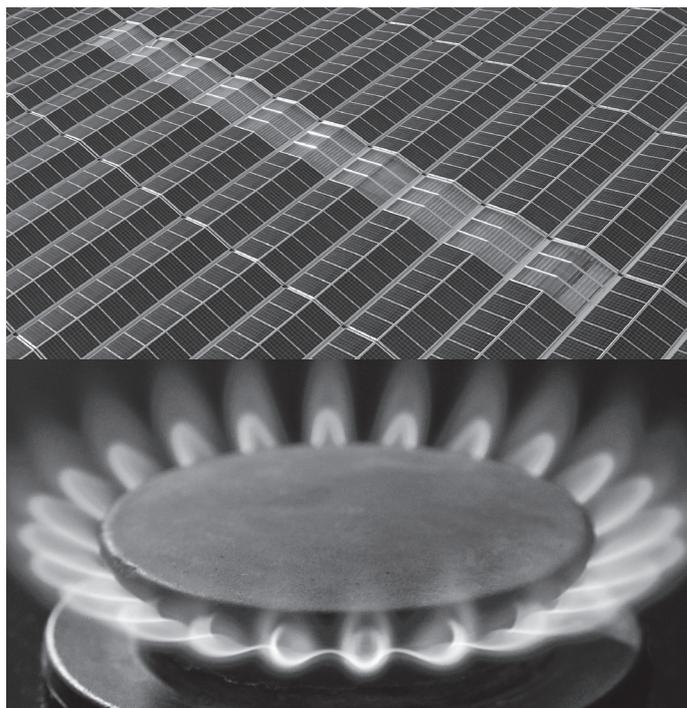
BIODIVERSITÄT BRAUCHT MEHR AUFMERKSAMKEIT Der Stadtrat hat in seinen Legislaturzielen bis 2020 festgehalten: «Die Biodiversität in der offenen Landschaft und im Siedlungsgebiet hat zugenommen.» Jetzt zeigt sich aber, dass mehrere Bereiche, wie zum Beispiel der Erlass von Schutzmassnahmen, stiefmütterlich behandelt worden sind. Um diese Aufgaben besser zu koordinieren und den Überblick über laufende Projekte sicher zu stellen, braucht es im Bauamt eine «Stelle für Biodiversität». Es geht um Stellungnahmen zu Planungsgeschäften, die Prüfung von Baugesuchen und Beratung und Begleitung von Architekten und privaten Bauherren bezüglich Naturschutz und Biodiversität sowie um die Aufsicht über Schutzgebiete und -objekte. Weitere Aufgaben sind: Zusammenarbeit mit dem Ackerbaustellenleiter, Schulung von Mitarbeitenden und Kommunikation. Die Mehrheit des Gemeinderates sieht die Notwendigkeit einer solchen Stelle und bewilligte in der Dezember-Sitzung den dafür nötigen Budgetposten. ■

ERDGAS DURCH ERNEUERBARES GAS ERSETZEN

Gasversorgung - wie weiter?

DANIEL WILLI, GEMEINDERAT SP

Am 9. Dezember 2019 hat der Gemeinderat ein neues Flag-Ziel für die Gasversorgung der Stadt Wädenswil beschlossen: Bis ins Jahr 2030 soll der Anteil an erneuerbaren Gasen auf 50% erhöht werden. Ist das realistisch und sind wir auf dem richtigen Weg, so schnell als möglich mindestens CO₂-neutral zu sein?



Wenn heute von erneuerbaren Gasen gesprochen wird, meint man hauptsächlich Biogas, welches aus der Vergärung von organischen Abfällen entsteht. Gemäss Bundesamt für Energie wird das Potential für inländisches Biogas lediglich auf einen Anteil von 20 Prozent geschätzt. Das Potential an erneuerbaren Gasen wird aber erweitert durch die Vergasung von Holz und/oder mit der Power-to-Gas-Technologie (P2G).

AUS SOLARSTROM WIRD GAS Unseren Strombedarf könnten wir mit Photovoltaik decken. Es ist aber nicht möglich diesen zu speichern und bedarfsgerecht zu produzieren. Daher die Idee von P2G: mit dem überschüssigen Solarstrom Wasser in Wasserstoff und anschliessend durch Zuführen von CO₂ in Methangas umwandeln. Im Gasnetz gespeichert, kann das erneuerbar erzeugte Methangas wiederum für die Produktion von Strom, Wärme oder in der Mobilität genutzt werden.

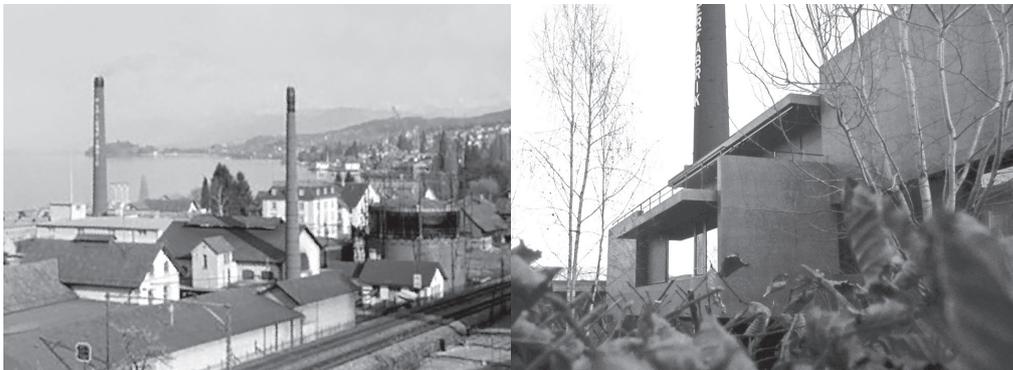
Die aktuelle Forschung geht davon aus, dass erneuerbare Gase zu Preisen erzeugt werden können, die konkurrenzfähig sind zu anderen Technologien wie Seewärmenutzung oder Holzsznittelheizungen.

Um die Klimaziele zu erreichen, dürfen wir sinnvolle Energieträger nicht gegeneinander ausspielen. Und solange wir die konkrete Aussicht haben, dass erneuerbares Gas ausreichend in unserem bestehenden Netz, ohne grossen Aufwand an den Bestimmungsort geliefert werden kann, ist das Flag-Ziel nicht nur realistisch, sondern auch sinnvoll. ■

PAPIERI HORGEN SCHLEICHT SICH AUS DER VERANTWORTUNG

Gewinne Privat - die Kosten dem Staat

JONAS ERNI, KANTONS RAT SP, WÄDENSWIL



Der Kanton erachtet eine Altlastensanierung von 20'000 m² Seegrund bei der ehemaligen Papierfabrik Horgen als dringend, da während der Produktion bis 1963 giftiger, mit Schwermetallen und weiteren bedenklichen Stoffen belasteter Papierschlamm in den See geleitet wurde. Der Kanton verlangte deshalb von der Betreiber-gesellschaft eine Sicherheitsleistung von 8,55 Mio. Franken. Dagegen hat die Betreiberin rekurrert, aber im Herbst 2019 vor Bundesgericht definitiv verloren. Inzwischen steht fest, dass die verantwortliche Gesellschaft nur Rückstellungen von kaum 2 Mio. Franken machte.

Die Gemeinde Horgen verschaffte der Betreiber-gesellschaft mit der Umzonung des Industrie-

areals in eine Wohnzone einen Gewinn um ein Mehrfaches des ursprünglichen Bodenwertes. Das Areal wurde für einen zweistelligen Millionenbetrag verkauft. Darum empört die heutige Zahlungs-unfähigkeit der Betreibergesellschaft. Mit einer Interpellation fordert die SP nun vom Regierungsrat die lückenlose Aufklärung der Angelegenheit sowie die Rückforderung der Millionen-gewinne, damit die Altlastensanierung bezahlt werden kann. Es darf nicht sein, dass private Nutzniesser Millionengewinne einstreichen und die Steuerzahlenden für die Kosten aufkommen müssen. ■

WELCHE STEUERN SIND FAIR?

Entlastung oder Millionenbschiss

CHRISTIAN GROSS, GEMEINDERAT SP

Am 9. Februar kommen zwei Steuerinitiativen zur Abstimmung. Während die Entlastungsinitiative für weniger Steuern bei kleinen und mittleren Einkommen sorgt, ist die Mittelstandsinitiative ein «Bschiss» am Mittelstand.

Beide Initiativen wollen die Steuerprogression im Kanton Zürich ändern: Die Entlastungsinitiative will höhere Freibeträge, was rund 90 Prozent der Menschen entlastet. Gleichzeitig verhindert eine stärkere Progression Steuerausfälle. Die Mittelstandsinitiative will weitere Steuersenkungen für die Reichsten, enthält aber keinen Ausgleich. Dies führt zu tieferen Einnahmen für Kanton und Gemeinden.

HÄTTEN DIE INITIATIVEN EINFLUSS AUF WÄDENSWIL? Die Entlastungsinitiative hat keinen negativen Einfluss auf die städtischen Finanzen.

Es kann sein, dass die Steuereinnahmen sinken. Dieser Ausfall würde durch den kantonalen Finanzausgleich gedeckt. Dadurch wird Wädenswil entlastet.

Ganz anders die Mittelstandsinitiative: Hier käme es zu Steuerausfällen für Kanton und Gemeinden. Das trifft Wädenswil doppelt: Die ohnehin schwierige finanzielle Situation würde sich weiter verschlechtern. Und muss der Kanton sparen, überwälzt er Lasten auf die Gemeinden. Somit schadet die Mittelstandsinitiative Wädenswil. ■



ABSTIMMEN

09.02.2020

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN:

JA zur Volksinitiative für mehr bezahlbare Wohnungen

JA zur Änderung des Strafgesetzbuches (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung)



KANTONALE VORLAGEN:



JA zum Gesetz über den Personentransport mit Taxis und Limousinen

2X NEIN zum Projekt Rosengartentunnel in der Stadt Zürich

JA zur Volksinitiative «Für die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen (Entlastungsinitiative)» (Vorlage A)

NEIN zur Volksinitiative «Mittelstandsinitiative – weniger Steuerbelastung» (Vorlage B)

STICHFRAGE Vorlage A (Entlastungsinitiative) ankreuzen!

KOMMUNALE VORLAGEN:

Keine Vorlagen

Das muss auch noch gesagt werden



Ja zu mehr bezahlbaren Wohnungen

Die Mieten steigen, obwohl sie wegen der tiefen Hypozinsen sinken müssten. Davon profitieren die Vermieter. Darum fordert die Initiative «für mehr bezahlbare Wohnungen» eine Verdoppelung der Bereitstellung gemeinnütziger Wohnungen auf zehn Prozent und die Vergabe von günstigen Darlehen durch den Bund an gemeinnützige Wohnbauträger, die der Kostenmiete verpflichtet sind. Diese vermieten ihre Wohnungen wegen der Renditefreiheit etwa 25 Prozent günstiger. Auf Jahr gerechnet sind das drei Monatsmieten! Wer für eine gleichwertige Vierzimmerwohnung am selben Ort 1500 statt 2000 Franken pro Monat bezahlen möchte, sollte zur Initiative Ja sagen. (Ha) ●



Wer ist Veronika Schwerzmann?

Bald 20 Jahre wohnen Veronika Schwerzmann und ihr Mann mit ihren beiden Kindern in Wädenswil. Sie arbeitet Teilzeit in der Administration eines Textilmaschinenherstellers. In ihrer Freizeit wandert oder joggt sie am liebsten im Appenzellerland, wo sie aufgewachsen ist. Im Winter fährt sie Ski oder geht Langlaufen. Beim Eisbahnverein war Veronika Schwerzmann für das Personelle und die Einsatzplanung verantwortlich. Im Förderverein Freizeitanlage führte sie die Buchhaltung. Nun kandidiert sie für die Primarschulpflege und wird dabei von der interparteilichen Konferenz unterstützt. Ihr ist es wichtig, dass Kinder die Schule positiv erleben, damit sie ihre Persönlichkeit entwickeln können. (Ha) ●



Gewalt beginnt mit Hass

Öffentlicher Aufruf zu Hass oder Diskriminierung von Schwulen, Lesben und Bisexuellen ist heute nicht strafbar. Hass ist aber keine Meinung! Hass ebnet den Weg zur Gewalt. Mit der Erweiterung der Anti-Rassismus-Strafnorm um das Merkmal der sexuellen Orientierung setzen wir ein Zeichen, dass öffentliche Aufrufe gegen schwule, lesbische und queere Menschen nicht toleriert, sondern bestraft werden. Dieser Diskriminierungsschutz ist ein längst fälliger Schritt, gerade in Zeiten von zunehmender Hasskriminalität auf der Strasse und in den sozialen Medien. Nach einem Ja am 9. Februar haben in unserem Land Hass und Hetze gegen sexuelle Minderheiten keinen Platz mehr. (Ha) ●

DER SCHLUSSPUNKT Punkt.Schluss.

Sie wollen kein Parlament. Das haben letzten Herbst die Horgner*innen erneut klargestellt. Wir in Wädenswil fahren seit 45 Jahren gut mit unserem Parlament. Hier sind die Parteien stärker und aktiver, das politische Spektrum vielfältiger. Ein Parlament ist keine «Bevormundung» der Bevölkerung, wie die Gegner glauben machen wollten. Dank der parlamentarischen Instrumente haben die Wädenswiler*innen Gewissheit, dass die demokratische Kontrolle über die Verwaltung tatsächlich spielt. Im Gegenzug wissen Behörden- und Exekutiv-Mitglieder ihre Parteien im Rücken, sollten sie sich mal im Gegenwind befinden. Die parteilose Horgner Schulpräsidentin, die dem behördlichen Hickhack schutzlos ausgeliefert war, könnte einem leidtun. Ein Parlament bringt eben allseits Vorteile. (bg) ●

So! ABONNIEREN UND SPENDEN

Als Abonnentin oder Abonnent erhalten Sie das «So!» mit der Post. Es wird zudem von rund 20 Personen in über 10'000 Haushalte von Wädenswil, Au, Schönenberg und Hütten unentgeltlich verteilt – darüber sind wir sehr froh! Der Druck und das Papier kosten jedoch viel Geld – und darauf sind wir dringend angewiesen. Wir danken herzlich für jede Abozahlung und jede Spende:

Preis Abonnement: CHF 12.–

Unterstützungs-Abonnement: CHF 25.–

Konto Postfinance: 80-43003-3

IBAN CH35 0900 0000 8004 3003 3

So! Nr. 1, Februar 2020

Die SP Wädenswil informiert

SP Wädenswil, 8820 Wädenswil
Erscheint 3 – 4 mal jährlich, Auflage: 11 000 Ex.
Redaktion: Thomas Hartmann (Leitung).
Bea Gmür, Hans Roth, Urs Keller
so@spwaedenswil.ch, www.spwaedenswil.ch

Layout und Produktion: Ulrich Schuwey,
Schuwey und Röllin atelier graphique
Bilder: Urs Keller
Druck: Horizonte Druckzentrum, Thalwil
Klimaneutral gedruckt auf FSC-Papier